

**Sprechzettel für Innenminister Uwe Schünemann zur Pressekonferenz zum Thema  
„Projektgruppe Anti-Radikalisierung“ am 14.12.2010**

Vor dem Hintergrund der angespannten Sicherheitslage möchte ich Ihnen heute darüber berichten, welche Überlegungen das Innenministerium anstellt, um der Gefahr einer zunehmenden Radikalisierung im Bereich des Islamismus möglichst frühzeitig zu begegnen.

**1. Aktuelle Terrorgefahr – Deutschland im Fokus gewaltbereiter Islamisten**

Wie Sie wissen, gehen die Sicherheitsbehörden von einer verschärften Bedrohung durch die Terroristen des internationalen Jihad aus. Es haben sich in den letzten Wochen die Hinweise verdichtet, dass jederzeit Anschläge in Deutschland oder gegen deutsche Interessen und Einrichtungen im Ausland erfolgen können. Die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder sprechen in ihrer übereinstimmenden Bewertung aktuell nach wie vor von einer „**Gefährdungsspitze**“ und einer „intensivierten Gefährdungslage“.

Der Anschlag eines islamistischen Selbstmordattentäters am vergangenen Samstag in Stockholm ist ein weiterer Beleg für die akute Bedrohung, die sich gegen Europa richtet und die nicht nur von Terrorgruppen, sondern auch von fanatisierten Einzeltätern ausgeht.

Das Ausmaß terroristischer Gewalt ist in dieser Form einzigartig und folgt einem klaren Muster: Möglichst hohe Opferzahlen und die Verbreitung von Furcht und Schrecken. Ein vom BKA befragter inhaftierter Islamist formulierte die Zielsetzung so: „Unsere Hauptaufgabe ist, unsere heilige Erde von den Tyrannen und den Ungläubigen zu befreien. Um das zu erreichen, würden wir alles tun. Dafür gibt es auch keine Unschuldigen.“

Wir wissen, dass allein seit 2009 Dutzende Personen aus Deutschland in terroristischen Ausbildungslagern im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet aufgetaucht sind. Sie haben sich dort einer Ausbildung für den bewaffneten Jihad unterzogen und teilweise auch an Kampfhandlungen teilgenommen. In diesen Terrorcamps werden die gewaltbereiten Rekruten darauf vorbereitet, Anschläge zu begehen und dabei ggf. den Märtyrertod zu sterben oder als Anwerber und geistige Führer tätig zu werden. Seit Anfang der 90er Jahre haben insgesamt rd. 220 Islamisten aus Deutschland eine paramilitärische Ausbildung durchlaufen oder diese zumindest beabsichtigt. Etwa 110 von ihnen sollen inzwischen nach Deutschland zurückgekehrt sein. Die Sicherheitsbehörden beobachten seit mehr als einem Jahr verstärkte Aus- und Einreisebewegungen von Islamisten.

Insgesamt rechnen wir ca. 1.140 Personen zum islamistisch-terroristischen Personenpotenzial. Der harte Kern der militanten Islamistszene in Deutschland, so genannte islamistische **Gefährder**, umfasst gegenwärtig rd. 130 Personen.

Wir müssen uns immer wieder klar machen:

Deutschland und auch Niedersachsen sind keine isolierten Inseln im Weltgeschehen.

Als Teil des Westens, durch unser Engagement in Afghanistan stehen wir unmittelbar im Blickpunkt militanter Islamisten.

Ich erinnere daran:

Die Attentäter vom 11. September 2011 haben ihre Anschläge in Hamburg vorbereitet. Vieles spricht dafür, dass sich die Mitglieder der Hamburger Terrorzelle nicht im Ausland, sondern hier bei uns in Deutschland radikalisiert haben, bevor sie die Al-Qaida rekrutiert hat.

Die so genannte Sauerlandgruppe, die im Jahr 2007 terroristische Anschläge gegen Ziele auf deutschem Boden vorbereitete, hatte sogar mehrere konkrete Bezüge nach Niedersachsen.

Die Täter waren junge in Deutschland aufgewachsene Muslime, die sich hier radikalisierten und sich dann einer islamistischen Terrorgruppe im Ausland zur Verfügung stellten.

Bei der Bewertung der Gefahrenlage muss man auch immer wieder in Erinnerung rufen, dass seit 2000 sieben Terroranschläge von Islamisten in Deutschland versucht wurden. Sie wurden rechtzeitig von den Sicherheitsbehörden vereitelt oder scheiterten aus anderen Gründen.

Das bedeutet - nicht nur für die Sicherheitsbehörden: Wir müssen wachsam sein und alle rechtsstaatlich zulässigen Gegenmaßnahmen ergreifen, um uns zu schützen! **Wir müssen auf der Hut sein, aber ohne Panik!**

## **2. Islamistischer Extremismus ist der Nährboden für Terrorismus.**

Auch die Gefahr der Radikalisierung und Rekrutierung hält unvermindert an. Der islamistische Extremismus ist in der geistigen Offensive. Das islamistische Personenpotenzial in Deutschland wächst seit Jahren kontinuierlich (2007: 33.170 / 2008: 34.720 / 2009: 36.270). Elektronische Medien wie das Internet eröffnen ungeahnte Möglichkeiten, Hassbotschaften zu verbreiten und neue Anhänger zu gewinnen. Zum Beispiel wendet sich ein im Internet verfügbares „Hochglanz-Magazin“ („Inspire“) in englischer Sprache gezielt an im Westen lebende junge Muslime. Es fordert sie dazu auf, dort, wo sie leben, Anschläge zu begehen und zum Märtyrer zu werden. „Inspire“ ist seit Juli 2010 inzwischen in der 3. Auflage erschienen und feiert in seiner jüngsten Ausgabe die (vereitelten) Anschläge auf die Frachtmaschinen aus dem Jemen. Mit einem Einsatz von 4.200 Dollar sei es Al Qaida gelungen, dem Westen einen Schaden in Milliardenhöhe zuzufügen. Al Qaida verfolge die Strategie der tausend Schritte, um dem Westen einen „Blutsturz“ zuzufügen.

Dass eine solche Propaganda Wirkung erzielen kann, zeigt das Beispiel des amoklaufenden US-Offiziers, der im November 2009 in Fort Hood 13 seiner Kameraden ermordete, oder das Beispiel einer jungen Studentin aus Bangladesch. Sie schien in England völlig integriert. Doch sie las im Internet islamistische Propaganda und radikalisierte sich selbst, ohne dass sie jemals Kontakt zu einer extremistischen Organisation gehabt hat. Im Mai dieses Jahres ging sie in die Sprechstunde eines britischen Abgeordneten und stach ihn nieder. Das macht in erschreckender Weise deutlich, welche Gefahr vom so genannten „**homegrown terrorism**“ ausgeht.

Es sind gerade junge Muslime, zunehmend auch Konvertiten, die für islamistische Propaganda empfänglich sind und sich radikalieren. Das Gerichtsverfahren gegen die „Sauerlandgruppe“ hat uns aufschlussreiche Einblicke in solche Prozesse gegeben. Auch wenn es keinen typischen Radikalisierungsverlauf gibt, so können bestimmte Faktoren eine Radikalisierung fördern und eine Rekrutierung begünstigen. Das sind:

- soziale Entfremdung, das Gefühl des Nicht-Dazugehörens;
- Identitätskonflikte und die Suche nach Halt, Sinn und Orientierung;
- der Einfluss von Predigern und ehemaligen Kämpfern;
- Internet und Videopropaganda;
- die unmittelbare Bezugsgruppe mit Gleichgesinnten, die zur „Ersatzfamilie“ mutiert.

Oft handelt es sich um Muslime der zweiten oder der dritten Generation, auch solche, die als gut integriert und sozial eingebunden erscheinen. Sie entdecken den Islamismus als „wahren“ Islam in Abgrenzung zum Glauben ihrer Eltern und beginnen, sich zu radikalieren. Hinzu kommen – in zunehmender Zahl – Konvertiten. Allen gemeinsam ist: Obwohl hier aufgewachsen, fühlen sie sich nicht mit der Mehrheitsgesellschaft verbunden, sondern vielmehr als Teil einer Bewegung, die sich im Kampf gegen den Westen befindet.

## **3. Salafismus – eine wachsende islamistische Bewegung**

Eine wesentliche Rolle spielt dabei die ideologische Strömung des Salafismus, über den ich schon des Öfteren berichtet habe. Der Salafismus ist derzeit weltweit eine der am schnellsten wachsenden islamistischen Bewegungen. Salafisten streben einen rigiden Gottesstaat nach dem Vorbild eines „Ur-Islam“ auf der arabischen Halbinsel im 7. Jahrhundert an. Grundlage dieses

Staates soll allein eine radikale Form der Scharia, der islamischen Rechtsordnung sein. Sie sieht z. T. grausame Strafen vor, die mit den Menschenrechten und der im Grundgesetz garantierten Menschenwürde nicht zu vereinbaren sind. Auch mit der Gleichheit vor dem Gesetz, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Freiheit der Religionsausübung und den individuellen Freiheitsrechten unseres Grundgesetzes ist diese Rechtsordnung nicht zu vereinbaren. Salafisten verachten Demokratie und Rechtsstaat und betrachten sie als „unheilig“. Darüber hinaus verbreiten sie antisemitische und antizionistische Propaganda und verletzen damit den Gedanken der Völkerverständigung.

Umso mehr macht es uns Sorgen, dass salafistische Netzwerke an Einfluss gewinnen, auch in Deutschland und in Niedersachsen.

Es gibt charismatische Prediger, die in deutscher Sprache mit viel Zuspruch durch die Lande ziehen. Sie betreiben eine massive Indoktrination, nicht zuletzt von Konvertiten, um sie auf den „Pfad des rechten Glaubens“ zu führen. Eine Radikalisierung ist bei vielen die Folge dieser Indoktrination.

Auch ehemalige Jihad-Kämpfer haben erheblichen Einfluss auf Radikalisierungsprozesse. Sie profitieren von ihrer hohen Glaubwürdigkeit, wenn sie jungen Muslimen das ideologische Grundwissen des globalen Jihad vermitteln.

In Braunschweig ist mit der Islamschule des Muhamed Ciftci und seines Vereins „Einladung zum Paradies“ ein Zentrum des Salafismus in Deutschland sehr aktiv. Auch dort wird ideologische „Aufrüstung“ betrieben.

Nicht alle Salafisten treten für Gewalt ein, aber die meisten Terroristen sind nachweislich durch eine salafistische Schule gegangen. Kein Zweifel: **Der Salafismus bietet einen ideologischen Nährboden für die Entwicklung von islamistischem Terrorismus.**

Wir wissen, dass solche Radikalisierungsprozesse sich sehr schnell vollziehen können, mitunter in nur wenigen Monaten. Auch das Einstiegsalter wird immer geringer. Das BKA spricht von 16 bis 19 Jahren. Manche sind erst 13 oder 14 Jahre alt.

Erschreckend ist die Antwort eines 5-jährigen Jungen, dessen islamistisches Elternhaus durchsucht wurde, auf die Frage eines Polizisten, was er denn einmal werden wolle: „Wenn ich groß bin, möchte ich ein Mujahed werden wie mein Vater und Ungläubige töten.“

#### **4. Sicherheitsbehörden stellen sich der islamistischen Herausforderung**

Polizei und Verfassungsschutz in Niedersachsen haben sich auf die Herausforderungen durch den islamistischen Extremismus und Terrorismus in den letzten Jahren in besonderem Maße eingestellt.

Unsere Sicherheitsbehörden sind gut aufgestellt.

Wir tun viel und sind wachsam. In der operativen Terrorismusbekämpfung (Aufklärung, Gefahrenabwehr, Strafverfolgung) haben wir die Instrumente der Sicherheitsbehörden verbessert, mehr Personal eingestellt und den Informationsaustausch untereinander verstärkt.

All diese Maßnahmen zur Verbesserung unserer Sicherheitsarchitektur waren und sind notwendig. Aber darauf können und wollen wir uns nicht ausruhen.

#### **5. Jetzt Terrorismusprävention weiter verstärken**

Zehn Jahre nach den Anschlägen vom 11.9.2001 hat sich mehr und mehr die Überzeugung verfestigt, dass die repressiven Bekämpfungsstrategien durch präventive Konzepte und Deradikalisierungsmaßnahmen zu ergänzen sind.

Jetzt geht es darum, die Prävention noch weiter zu stärken; nicht nur um Terroranschläge frühzeitig zu erkennen und zu verhindern, sondern auch ganz wesentlich, Radikalisierungsprozessen zuvor zu kommen und junge gefährdete Leute vor Radikalisierung zu schützen. Nicht zuletzt gilt es auch, islamfeindlichen Einstellungen entgegen zu wirken.

Der Forschungsstand zum Thema „Deradikalisierung“ belegt ganz klar: Diese Art der Prävention muss möglichst frühzeitig ansetzen und ist eine Aufgabe, der sich alle in der Gesellschaft stellen müssen, die Bildungseinrichtungen, die Kommunen, die sozialen Einrichtungen, die Vereine, die Religionsgemeinschaften, die Eltern und Familien - auch die Sicherheitsbehörden. Wir müssen Wege finden und natürlich auch beschreiten, solchen Radikalisierungen nach Möglichkeit vorzubeugen bzw. sie bereits im Frühstadium zu erkennen und umzukehren.

Bei einer systematischen Bestandsaufnahme durch eine Arbeitsgruppe von Polizei und Verfassungsschutz im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin ist im Laufe dieses Jahres festgestellt worden: In Deutschland gibt es auf Ebene des Bundes und einzelner Länder viele Ansätze und Einzelmaßnahmen zur Prävention von islamistischer Radikalisierung, aber kein kohärentes Handlungskonzept der Prävention im Sinne von Anti-Radikalisierung und Intervention.

## **6. Projektgruppe „Anti-Radikalisierung“ im Nieders. Innenministerium**

Ich habe deshalb vor kurzem in meinem Hause eine Projektgruppe „Anti-Radikalisierung“ eingerichtet. Sie hat den Auftrag ein ganzheitliches Handlungskonzept zur Prävention von und der Intervention bei Radikalisierungsprozessen zu erarbeiten.

Ihr Leiter ist Verfassungsschutzpräsident Hans-Werner Wargel.

Der Verfassungsschutz hat vielfältige Erkenntnisse über Radikalisierungs-Biographien und islamistische Bestrebungen in Niedersachsen. Und genauso hat er aus anderen Bereichen hervorragende Kompetenzen in der Präventionsarbeit erworben. Die Polizei ist in die Arbeit der Projektgruppe eng mit einbezogen. Außerdem wirken in ihr mit: Justiz-, Sozial- und Kultusministerium, die Kommunen, der Landespräventionsrat.

Die Projektgruppe wird bereits vorhandene Ansätze und Maßnahmen der Antiradikalisierung einer Bestandsaufnahme unterziehen. Sie wird auch prüfen, inwieweit Erfahrungen aus anderen Ländern und Staaten für uns genutzt werden können. Sodann wird sie im nächsten Jahr ein kohärentes Handlungskonzept entwickeln und Vorschläge im Sinne einer nachhaltigen Antiradikalisierung machen. Wir wollen so die operative Terrorismusbekämpfung ebenso wie die Maßnahmen der Integrationspolitik sinnvoll flankieren.

### **Dabei verfolgen wir im Kern vier Ziele:**

- 1. Sensibilisierung**
- 2. Früherkennung**
- 3. Immunisierung**
- 4. De-Radikalisierung**

„Sensibilisierung“ bedeutet, Behörden, gesellschaftliche Akteure und muslimisch geprägte Multiplikatoren, wie z.B. Imame, für die Gefahren des islamistischen Extremismus/Terrorismus zu sensibilisieren.

Bei „Früherkennung“ geht es darum, islamistische Radikalisierungsprozesse in der Gesellschaft besser und möglichst früh zu erkennen und zu entschärfen.

Unter „Immunisierung“ verstehen wir die Aufgabe, junge Muslime nach Möglichkeit gegen extremistische Einflüsse, z.B. im Internet, besser zu immunisieren.

„De-Radikalisierung“ zielt auf die Möglichkeiten, gefährdete Personen von einer weiteren Radikalisierung abzuhalten bzw. ausstiegswillige Personen aus extremistischen/terroristischen Strukturen herauszulösen.

Wir streben diese vier Ziele im Sinne der Prävention von Extremismus als flankierende Maßnahmen zur operativen Terrorismusbekämpfung und zur Integrationspolitik an.

## **7. Zusammenarbeit und Vertrauen mit Muslimen in Niedersachsen stärken**

Um diese Ziele zu erreichen, ist es notwendig, die Kontakte zu den muslimischen Einrichtungen und Organisationen weiter zu pflegen und auszubauen. Dabei können wir auf der guten Arbeit der Polizei aufbauen. Denn die niedersächsische Polizei hat schon seit einer Reihe von Jahren im ganzen Land ein enges Netz von Kontakten zu muslimischen Einrichtungen geknüpft. Jedes Jahr gibt es vor Ort zahlreiche Gespräche in Moscheen und Kulturvereinen. Dazu gehört vor allem die Durchführung so genannter Kooperationsgespräche.

Wir haben das Ziel, die Kommunikation weiter zu vertiefen und mit den Muslimen in Niedersachsen noch enger zusammen zu arbeiten, um Tendenzen der Radikalisierung möglichst früh zu erkennen, um sodann gemeinsam dagegen vorgehen zu können. Es ist auch ein Ziel, ein Netz von Ansprechpartnern für Angehörige sich radikalisierender Muslime zu schaffen.

Wir sind angewiesen auf eine enge und tragfähige Kooperation. Und ich freue mich, dass die Sicherheitsbehörden in zahlreichen Gesprächen mit Vertretern muslimischer Einrichtungen und Organisationen positive Rückmeldungen bekommen haben.

In diesen Gesprächen ist mir deutlich geworden, wie sehr gerade friedfertige Muslime unter islamistischen Terrorakten leiden, weil sie das Zusammenleben in der Gesellschaft erschweren.

Ebenso deutlich wurde, dass die Bereitschaft zur Zusammenarbeit besteht, weil die große Mehrheit der Muslime nicht tatenlos zusehen will, wie ihre Jugendlichen in den Extremismus abgleiten. In diesem Sinne äußerte sich auch der Vorsitzende der niedersächsischen Schura, Herr Avni Altiner, im April dieses Jahres.

Vergessen wir nicht: Auch Muslime selbst sind immer wieder Opfer islamistischer Gewalttaten. Dies zeigen die wahllosen Anschläge von Jihadisten im Nahen und Mittleren Osten fast jede Woche, aber auch die Attacken islamistischer Fanatiker in Nordamerika und Westeuropa.

**Mehr als 99 Prozent der hier lebenden Muslime sind friedliebend.** Gerade sie haben kein Interesse daran, dass ihre Religion von einer ideologischen Minderheit schändlich missbraucht wird.

Genau deshalb ist es von großer Bedeutung, dass sie ihre Stimme erheben und sich klar von all denen distanzieren, die die Demokratie verächtlich machen, den Koran missbrauchen, die Unterdrückung von Frauen propagieren und die Feindschaft zu Andersgläubigen predigen.

Wir brauchen die Stimme der Muslime in unserem Land, die unmissverständlich zu den Menschenrechten stehen und sich für die Demokratie engagieren. **Ihre Stimme muss lauter sein als die der extremistischen Prediger!**

Besonders dann, wenn es um Prävention geht, wenn es darum geht, junge Menschen vor einem falschen und verhängnisvollen Weg zu bewahren oder davon wieder abzubringen, brauchen wir die Zusammenarbeit mit den Muslimen und ihren Organisationen und kulturellen Einrichtungen. Sie sind ebenso sehr unverzichtbare Brückenbauer wie die Imame in den Moscheen.

Ich möchte mit den Vertretern der Muslime in Niedersachsen zu festen Absprachen über Form und Inhalt der Zusammenarbeit kommen.

Wir dürfen den Dialog nicht nur immer fordern und beschwören, sondern wir müssen ihn auch institutionalisieren.

Als eine Maßnahme im Sinne dieser engeren Kooperation hat der niedersächsische Verfassungsschutz zum Beispiel mit den Vorsitzenden von SCHURA und DITIB vereinbart, im ersten Halbjahr 2011 ein gemeinsames Symposium zur Prävention von Islamismus zu veranstalten. Zielgruppe sollen vor allem junge Leute sein.

## **8. Präventionspartnerschaften im öffentlichen Bereich und mit der Wirtschaft**

Wir wollen mit verschiedenen öffentlichen Einrichtungen auf Landes- und auf kommunaler Ebene verbindliche Präventionspartnerschaften verabreden. Früherkennung und Prävention von Radika-

lisierung sind nicht nur Aufgabe von Verfassungsschutz und Polizei, sondern alle öffentlichen Stellen haben hier Verantwortung. Um sie wahrnehmen zu können, brauchen sie die entsprechenden Informationen und Kenntnisse über das Phänomen Islamismus und über Radikalisierungsverläufe.

Ziel ist es nicht, Denunziantentum zu fördern, sondern gefährdeten Jugendlichen ein Angebot zu bieten, um sie nicht an die islamistischen Prediger und Eiferer zu verlieren. Es muss gelingen, ein institutionalisiertes System der Früherkennung und der Intervention zu schaffen, um Radikalisierungen möglichst frühzeitig zu erkennen und beeinflussen zu können. So sind viele Akteure in die präventiven Konzepte einzubinden.

Es geht zum Beispiel um die Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendämtern, Ausländerbehörden, mit dem Landespräventionsrat und den kommunalen Präventionsräten, aber zum Beispiel auch mit Justizvollzugsanstalten. Die Erfahrung zum Beispiel aus den Niederlanden und Großbritannien zeigen, dass auch in den Gefängnissen Radikalisierung stattfindet und Personen gerade unter den besonderen Bedingungen der Haft ansprechbar für extremistische Einstellungen sind.

Daneben wollen wir auch die Wirtschaft mit den entsprechenden Informationen versorgen. Wir nutzen hierzu die Kontakte des Verfassungsschutzes zu etwa 600 niedersächsischen Unternehmen, die im Zusammenhang mit der Beratung zum Thema „Wirtschaftsschutz“ entstanden sind.

Auch in all diesen Bereichen können wir auf die langjährige Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz aufbauen, die zahlreiche Kontakte zu öffentlichen Einrichtungen pflegen. Wir wollen diesen guten Weg fortsetzen und intensivieren. Denn nur über eine enge Zusammenarbeit und fest verabredete Kooperationsformen verschiedener spezialisierter Stellen können wir allen Erfordernissen eines so komplexen Vorgangs wie der Radikalisierung bzw. De-Radikalisierung gerecht werden.

## **9. Aussteigerprogramm prüfen / Deradikalisierung**

Die Ideologie des islamistischen Extremismus und Terrorismus ist transnational, identitätsstiftend und spricht überwiegend junge Leute an. Sie wenden sich auch in demokratischen und liberalen Staaten dieser Ideologie zu. In den westlichen Ländern ist in den vergangenen Jahren außerdem ein Anstieg der Konversionen zu beobachten.

Radikalisierung ist ein sozialer und psychologischer Prozess, der schrittweise abläuft und bis zu einer gewissen Phase unterbrochen und umgekehrt werden kann.

Bei einer Deradikalisierung geht es folglich zum einen um Früherkennung und Sensibilisierung. Der Informations- und Aufklärungsbedarf ist groß. Zum anderen geht es aber auch um mögliche Hilfestellungen für Betroffene im Sinne einer Ausstiegshilfe.

Die Frage der Deradikalisierung ist in Europa und anderen westlichen Staaten bislang wenig erforscht. Dabei sind Deradikalisierungsprogramme wegen ihrer präventiven Wirkung von einer hohen gesellschaftlichen Notwendigkeit.

Die Projektgruppe prüft, inwieweit es möglich ist, ein Aussteigerprogramm im Bereich des extremistischen Islamismus aufzubauen.

Auch dabei wollen wir ebenso eng mit den muslimischen Gemeinden in Niedersachsen zusammen arbeiten wie mit anderen Institutionen. Denn die Anknüpfungspunkte für einen Ausstieg liegen vor allem im sozialen Umfeld, bei den Eltern, Familien und Schulen.

Wir sehen unsere Verantwortung auch im Sinne einer möglichst frühzeitigen Intervention. Das bedeutet, dass geprüft wird, inwieweit der Verfassungsschutz auch von sich aus auf bestimmte Person zugehen sollte, um sie vor dem weiteren „Abdriften“ zu bewahren. Wir werden hierbei die Erfahrungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit dem Programm HATIF sowie die Erfahrungen des niedersächsischen Verfassungsschutzes mit dem Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten (Aktion Neustart) auswerten.

## 10. Islamistische Propaganda entgegen wirken

Die Erfahrungen der Sicherheitsbehörden belegen, dass die massive islamistische Propagandatätigkeit von maßgeblicher Bedeutung für Radikalisierungsverläufe ist.

Die Projektgruppe wird sich daher auch mit der Frage befassen, wie der vor allem auf Jugendliche gerichteten, in den letzten Jahren intensivierten islamistischen Propaganda entgegengewirkt werden kann. Islamisten werben mehrsprachig, arbeiten verstärkt mit speziellen Jugendimamen, professionell aufgemachten Online-Angeboten und sozialen Programmen, um extremistische Inhalte attraktiv zu verpacken und breitflächig zu wirken. Deshalb soll die Projektgruppe Wege aufzeigen, wie den islamistischen Argumentationsmustern entgegengewirkt werden kann. Es geht darum, islamistische Propaganda- und Rekrutierungsaktivitäten zu erschweren und den Islamismus nach Möglichkeit zu „entzaubern“. Zugegeben – das ist eine sehr komplexe Herausforderung, für die es keine fertigen Antworten gibt und für die bislang kein Maßnahmenbündel entwickelt worden ist.

Wir gehen nicht davon aus, dass der Kernbestand islamistischer Ideologie – Demokratiefeindlichkeit, Ablehnung des westlichen Freiheits- und Rechtsbegriffs, Antisemitismus usw. - sich allein durch die Vermittlung positiver „Gegen-Botschaften“ auflösen wird. Doch eine offene und zielgerichtete, zum Nachdenken anregende Aufklärung kann Zweifel an der Wahrhaftigkeit nähren und so Radikalisierung evt. verhindern. Vor allem soll vermittelt werden: **Wer Gewalt einsetzt, scheitert**. Wir gehen davon aus, dass deradikalisierende Botschaften in einem Frühstadium des Radikalisierungsprozesses noch wahrgenommen werden.

Zu dem Adressatenkreis gehören neben den eigentlich Betroffenen auch andere Muslime und Nicht-Muslime, wie z.B. Eltern, Imame, Prediger, Ausbilder, Lehrer, Sozialarbeiter sowie andere potentielle Vorbilder.

Auch hierbei wollen wir unsere muslimischen Kooperationspartner einladen, mitzumachen und zugleich demokratie- und toleranzfördernde Elemente des Islam zu vermitteln.

In diesen Zusammenhang gehören auch Überlegungen, wie wir mit medialen Mitteln dazu beitragen können, das Verständnis und das Zusammenleben von Muslimen und Nicht-Muslimen zu verbessern.

Darüber hinaus werde ich im Rahmen der Projektgruppe eine Studie in Auftrag geben, die darüber Auskunft geben soll, welchen Einfluss der Salafismus hat, wie groß seine Attraktivität insbesondere für jüngere Menschen ist und welches Gefahrenpotenzial für unsere Gesellschaft von ihm ausgeht.

## 11. Zusammenleben stärken

Zum Schluss noch eine Anmerkung:

Wenn wir den inneren Frieden erhalten wollen, müssen wir uns über eines im Klaren sein: Ein islamistischer Terroranschlag erhöht die Gefahr einer irrationalen Islamfeindlichkeit – insbesondere von Rechtsextremisten -, die sich unterschiedslos gegen alle Muslime richten und unsere Gesellschaft polarisieren und spalten könnte.

Eben das bezwecken islamistische Täter durch ihre Gewaltakte gegen unschuldige Menschen in den westlichen Gesellschaften und anderswo.

Deshalb ist eine nachhaltige Terrorismusprävention durch Staat und Gesellschaft ein Kernbestandteil zukunftsweisender Sicherheitspolitik und für die Stärkung eines gedeihlichen Zusammenlebens in unserer Gesellschaft.

Wir müssen insgesamt mehr tun für ein besseres Miteinander von Muslimen und Nicht-Muslimen. Alle die, die bei uns oft schon seit vielen Jahren friedlich leben und an der Gesellschaft teilhaben, haben nichts mit der kleinen Minderheit derer zu tun, die sich für ihre Terror-Akte auf den Islam berufen.

Ich verurteile daher aufs Schärfste die jüngsten Brandanschläge auf Moschen in Berlin. Wer so etwas tut, handelt nicht nur kriminell, sondern liefert anderen Gewalttätern Anlass für weitere Gewalt.

Wir wollen mit der von mir einberufenen Projektgruppe einen Beitrag leisten zum besseren Zusammenleben in unserem Land.

Ziel muss es sein, den Gefahren mentaler Radikalisierung frühzeitig zu begegnen — und nicht erst dann, wenn der „point of no return“ überschritten ist.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit!